

Gewerkschaftstag

Vom **6. bis 10. Mai 2017** fand in Freiburg im Breisgau der **28. Gewerkschaftstag** der GEW statt. Neben den Wahlen der Vorstandsmitglieder – im Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung wurde der bisherige Amtsinhaber Ansgar Klinger mit großer Mehrheit wiedergewählt – wurden die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden bzw. Leitungsteams der Bundesausschüsse bestätigt. Der Gewerkschaftstag hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse getroffen. So fordert er u.a., Migration als Normalität anzuerkennen und zu gestalten, er mahnt die Politik zu einer besseren Bildungsfinanzierung und hat sich u.a. gegen eine Verknüpfung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit sogenannten „Öffentlichen-Privaten-Partnerschaften“ ausgesprochen. Ferner fordert die GEW die Politik zur Behebung des Mangels an Lehrkräften auf, sie spricht sich für eine sukzessive Aufhebung des Parallelsystems von Förder- und allgemeinen Schulen aus und will die Digitalisierung kritisch und konstruktiv gestalten. Ferner hat sie die „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“ beschlossen – das Ergebnis der Arbeit des Zukunftsforums, an dem auch die Berufsbildner/innen mitgewirkt haben. Mit dem Beschluss „Bildung in der Migrationsgesellschaft – Forderungen zum Bereich berufliche Bildung und berufsbildende Schulen“ sind wichtige Gelingenbedingungen formuliert, die sich wie eine Art Handbuch für die Arbeit vor Ort nutzen lassen. Sie finden die Beschlüsse des Gewerkschaftstags [hier](#).

KMK, BDA und DGB: Gemeinsam für starke Berufsschulen in

der digitalen Welt – GEW: Berufliche Bildung grundlegend verbessern!

Im Vorfeld des Ende Mai von der Kultusministerkonferenz veranstalteten Bildungskongresses "Berufliche Bildung – Analysen, Trends und Perspektiven" (s. Link) haben der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) – sie waren in der Podiumsdiskussion des Kongresses vertreten – sowie die Kultusministerkonferenz (KMK) eine gemeinsame Initiative für Berufsschulen als zukunftsfeste und moderne Lernorte ergriffen, die die Schüler/innen verstärkt auf die digitale Welt vorbereiten sollen. Angemahnt wird u.a. eine gute Ausbildung der Lehrkräfte sowie eine zeitgemäße technische Ausstattung, was durch Investitionen der Länder und des Bundes realisiert werden könne. So sollen die Chancen der Digitalisierung bestmöglich genutzt werden, wozu die Berufsschulen zunächst einmal in die Lage zu versetzen seien.

Die GEW hatte demgegenüber in einer Pressemitteilung angemahnt, dass die Berufliche Bildung – auch über die duale Ausbildung hinaus – dringend gestärkt werden müsse.

So verdienen die gut 170.000 jungen Menschen, die sich jährlich für eine Ausbildung in den vollzeitschulischen Berufen insbesondere des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens entscheiden, mehr Anerkennung. Die berufsbildenden Schulen brauchen in der Bildung und Qualifizierung der Geflüchteten dringend Unterstützung – personelle und ma



GEW-Hauptvorstand

GEW-Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Sekretariat
Christine Sturm
069/78973-326
christine.sturm@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter: twitter.com/gew_bund

Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker (Vorsitzender)
06142/838880
r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)
0331/ 964476
heinisch-weiser@t-online.de

Vorstandsteam Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns
034348/60020
Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze
030/2159341
kuzmanns@t-online.de

Britta Delique
0441/592203
britta@delique.net

terielle Ressourcen wie multiprofessionelle Teams und begleitende Supervision ebenso wie sichere Rahmenbedingungen: ein Recht auf den Besuch der berufsbildenden Schule für alle 16- bis 27-Jährigen, ein Recht auf Ausbildung und Nachholen eines Berufsabschlusses, altersgemäße Sprachförderkonzepte, politische Bildung und sozialpädagogische Unterstützung. Ferner müssen die Länder ihrer Verantwortung nachkommen und adäquate Maßnahmen gegen den vorhandenen und steigenden Lehrkräftemangel annehmen: Sowohl die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in den berufsbildenden Schulen als auch die Studienbedingungen für das grundständige Lehramt sind so zu verbessern, dass der Beruf wieder attraktiver und Signale ausgesandt werden, dass es sich lohnt, sich für diese wichtige Aufgabe zu entscheiden. Seiteneinsteigerprogramme dürften hingegen nicht die grundständige Ausbildung der Berufsschullehrkräfte aushöhlen. Hier sei auch der Bund gefordert, die Länder in der Ausbildung der Lehrkräfte zu unterstützen. Hier finden Sie die Mitteilungen ([GEW](#), [DGB](#)).

Die Bundesfachgruppenausschüsse Gewerbliche und Kaufmännische Schulen begrüßen, dass sich die KMK nach zwei Jahrzehnten auf die Berufliche Bildung fokussiert. Nun sehen sie die Länder in der Pflicht, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Beruflicher Erfahrung ihren Wert geben – DGB beschreibt Anforderungen für Validierungsverfahren

Kompetenzen, die über Berufserfahrung informell erworben worden, finden derzeit ebenso wenig Anerken-

nung wie solche Kompetenzen, die über Weiterbildungskurse non-formal erworben worden. Diese Kompetenzen in Zukunft in einem geregelten Verfahren anzuerkennen, ist eine wichtige Aufgabe der Bildungspolitik. Die Mitgliedsstaaten der EU sind verpflichtet, bis 2018 funktionstüchtige Systeme der Validierung einzurichten. Vor diesem Hintergrund hat der DGB Anforderungen für Validierungsverfahren formuliert. An der Erstellung dieser Anforderungen waren die Einzelgewerkschaften – und damit auch die GEW – beteiligt. Der DGB beschreibt zunächst grundsätzliche Voraussetzungen („Ankerpunkte“) eines Systems der Validierung in der Berufsbildung, u.a. eine öffentlich-rechtliche Einbindung bei den zuständigen Stellen nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Einführung einer Rechtsgrundlage mit verbindlichen Ansprüchen, um anschließend gewerkschaftliche Eckpunkte für die Umsetzung in der Berufsbildung zu formulieren. So sollen neben den nach BBiG zuständigen Stellen auch die Bundesagentur für Arbeit sowie private zertifizierte Träger die Kompetenzen *erfassen* können, während die nach BBiG zuständigen Stellen und hier die Prüfungsausschüsse sowie Kompetenzen *feststellen*. Sie finden die DGB-Position „Beruflicher Erfahrung ihren Wert geben“ [hier](#).

GEW-Bundestagung

23./24. November 2017 in Hamburg:

Die digitale R*Evolution? - Herausforderungen für Berufliche Bildung und Weiterbildung

Das detaillierte Programm sowie genaue Informationen zur Anmeldung finden Sie [hier](#).

Foto: GEW



GEW-Hauptvorstand

GEW-Hauptvorstand Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter

Angar Klinger

069/78973-325

angar.klinger@gew.de

Referent

Arnfried Gläser

069/78973-319

arnfried.glaeser@gew.de

Sekretariat

Christine Sturm

069/78973-326

christine.sturm@gew.de

Fax: 069/78973-103

Internet: www.gew.de

Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)

Twitter: twitter.com/gew_bund

Bundesfachgruppenausschuss Gewerbliche Schulen

Ralf Becker (Vorsitzender)

06142/838880

r.becker.gew@gmx.de

Dagmar Heinisch-Weiser (stv. Vors.)

0331/964476

heinisch-weiser@t-online.de

Vorstandsteam

Bundesfachgruppenausschuss Kaufmännische Schulen

Martina Hanns

034348/60020

Mart-Lutz@gmx.de

Christina Kunze

030/2159341

kunzmanss@t-online.de

Britta Delique

0441/592203

britta@delique.net